

Sondersitzung ASW und RAT zur Entscheidung B-Plan Stockberg vom 1. August 2016

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

der Rat hat in der heutigen Sondersitzung gegen die (meisten) Stimmen der CDU die Aufstellung eines Bebauungsplanverfahrens für das Gewerbegebiet am Stockberg sowie eine dazugehörige Veränderungssperre beschlossen. Gleichzeitig hat er in einem weiteren Beschluss die Stadtverwaltung beauftragt, unverzüglich mit dem Grundstückbesitzer Marseille Kaufverhandlungen für das Grundstück aufzunehmen. Sie alle haben sicherlich den Vorgang aufmerksam in den letzten Tagen in den Medien verfolgt. Leider war nicht jede Diskussion sachlich, vieles emotional betrachtet, manches auch unwahr. Ich möchte Ihnen nachfolgend die Entscheidung erläutern und erklären.

Die Freien Demokraten tun sich traditionell immer etwas schwer mit regulativen Entscheidungen und Eingriffen, vor allen Dingen dann, wenn sie vermeintlich in die Entscheidungsfreiheit der Bürger oder Unternehmen eingreifen. Gleichwohl ist es aber auch unsere Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Bürger und Unternehmen ihre Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit überhaupt erst nutzen und ausüben können. Bei der vorliegenden Entscheidung über die Aufstellung des B-Planes handelt es sich eindeutig um die Schaffung von solchen Rahmenbedingungen, innerhalb dessen die Ansiedlung von Gewerbe geschehen und sich entwickeln kann, und zwar im Interesse des Gemeinwohls der Stadt Leichlingen und seiner Bürger nicht im Interesse von Einzelnen.

Volle Unterstützung der Verwaltungsvorlage durch FDP

Die FDP hat den Verwaltungsvorschlag hinsichtlich Art und Umfang voll unterstützt. Wir sind der Auffassung, dass Leichlingen gar keine andere Wahl hat als die Ansiedlung von eher kleinteiligem Gewerbe, sowohl was die verfügbaren Flächengrößen betrifft als auch was die Wettbewerbssituation gegenüber den Nachbarkommunen betrifft.

Natürlich hat die Stadt Leichlingen es schwerer als unsere Nachbarkommunen, Gewerbe anzusiedeln, die Gründe dafür sind vielschichtig und bekannt. Und ich bin auch nicht so naiv, zu glauben, die Unternehmensleitung SELTRA hätte sich einzig und allein hier in Leichlingen um Gewerbeflächen bemüht, für so fahrlässig kann man eine Unternehmensleitung ja wohl nicht einschätzen. Allerdings müssen wir uns auch nicht kleiner machen als wir sind, alles zu nehmen, was kommt, und unsere Zielsetzungen für eine zügellose und ungeordnete Gewerbeansiedlung opfern. Die Entwicklung von Gewerbeflächen darf nicht von kurz-

sichtigen und kurzfristigen Vorgängen beeinflusst werden, sondern muss mittel- und langfristigen Zielen dienen. Die Ansiedlung des Unternehmens SELTRA, das sehr flächenintensiv ist und mit Schwerlastverkehr und Mehrimmissionen verbunden wäre, hätte diesen Zielen nicht entsprochen.

Im Übrigen nehmen diese hoheitliche Planungsaufgabe auch andere Kommunen wahr. Die von vielen häufig als vorbildliche geführte Kommune zitierte Stadt Monheim regelt gerade durch einen B-Plan die Gewerbeansiedlung in einem fast identischen Fall. In dem B-Plan legt sie genau fest, was sie dort ermöglichen will und was nicht ([Bebauungsplan Nr. 126 M „Menk-Gelände“](#)).

Gewerbeansiedlung gibt es nicht zum Nulltarif

Eine Gewerbeansiedlung geht auch nicht immer zum Nulltarif. Um mittel- und langfristig die dargestellten Ziele erreichen zu können, müssen wir auch möglicherweise den einen oder anderen Euro in die Hand nehmen. Wir investieren zum Beispiel jedes Jahr rund 800.000 EUR in den Betrieb des Schwimmbades, wir haben jetzt 750.000 EUR in den Aufbau des Breitbandnetzes gesteckt, alles Investitionen oder Ausgaben, die der Bevölkerung und auch den Unternehmen zu Gute kommen. Warum sollen wir also nicht auch Geld in die Entwicklung von Gewerbegebieten stecken, um mittel- und langfristig eben diese Ausgaben durch zusätzliche Einnahmen zu sichern?

Die Entscheidung, das Gewerbegebiet Bremsen zu entwickeln, war eine richtige Entscheidung, auch wenn die CDU das nicht wahrhaben will. Ich bin mir sicher, dass die über 10 Jahre angefallenen Investitionskosten von rund 1 Million Euro sich in wenigen Jahren bereits amortisiert haben werden. Es wurden sicherlich im Laufe der vielen Jahre auch Fehler gemacht, wo gehobelt wird, fallen auch Späne. Aber man muss die Fehler auch nicht zweimal machen.

Liebe Parteifreundinnen und -freunde,

der Rat hat heute wichtige und zukunftssträchtige Entscheidungen getroffen und endlich mal Entschlossenheit gezeigt. Im Übrigen wurde auch bereits angekündigt, in einer der nächsten ASW-Sitzung einen B-Plan für das Monteferrogelände einzubringen. Wenigstens hier scheint es aufwärts zu gehen.

Mit freundlichen und liberalen Grüßen

Ihr Lothar Esser